

Der freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Telephon Nr. 4)

Erscheinung Wecktags



Verlagspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachdruckvertrieb 2,85 M., in Württemberg 2,80 M., vierteljährlich, hierzu Postzuschlag 30 Pfg. Druck und Verlag der V. Hofmann'schen Buchdruckerei (Inhaber: G. Reinhardt), für die Redaktionen verantwortlich: G. Ham Wildbad.

Anzeigen 12 Pfg., von außerhalb 15 Pfg., die Festschrift oder deren Raum. Ankündigung 25 Pfg., die Festschrift. Bei Inseraten, wo Auskunft in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 20 Pfg.

Nr. 122 Montag, den 26. Mai 1919 36. Jahrgang.

Weitere deutsche Noten.

Das Arbeiterrecht.

Am 22. Mai sind drei von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation unterzeichnete Noten an Clemenceau abgegangen.

Die erste stellt fest, daß die alliierten und assoziierten Regierungen mit der deutschen Volksregierung einig sind, daß der Weltfriede und der Fortschritt der Menschheit von der Lösung der Arbeiterfrage abhängt. Die deutsche Abordnung ist mit den alliierten und assoziierten Regierungen aber über die Mittel zur Lösung dieser Frage nicht einig.

Nach der Auffassung der deutschen Volksregierung haben in Fragen des Arbeiterrechts und des Arbeiterlohnes das entscheidende Wort die Arbeiter selbst zu sprechen. Der erste Unterschied betrifft die Vertreter der Arbeiter. Nach dem Vorschlag der Berner internationalen Gewerkschaftskonferenz muß die Hälfte der stimmberechtigten Konferenzteilnehmer aus Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter jedes Landes bestehen. Demgegenüber wird den Arbeitern nach dem Friedensvertragsentwurf auf der internationalen Konferenz nur ein Viertel der Stimmberechtigung zugesprochen. Der zweite Unterschied betrifft die Rechtswirksamkeit der Beschlüsse der Konferenz. Nach den Verfassungen der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Bern sollen aus dem internationalen Parlament der Arbeit internationale Gesetze hervorgehen, die vom Augenblick ihrer Annahme an dieselbe Wirksamkeit (Rechtswirkung) wie nationale Gesetze haben sollen. Der Entwurf der deutschen Volksregierung übernimmt dieses Prinzip und macht die Annahme solcher Gesetze von der Zustimmung von Vierünftel der vertretenen Nationen abhängig. Derartige Beschlüsse können aber von einer Konferenz, die auf Grund des Teiles 13 des Friedensvertrags zusammentritt, überhaupt nicht gefaßt werden, sondern nur Vorschläge, die die beteiligten Regierungen annehmen oder ablehnen können, und für diese verbindlichen Vorschläge sind sogar noch eine Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten verlangt. Aber ein ohne Zustimmung der assoziierten Arbeiter aller Länder nur von den Regierungen allein geschlossener Vertrag wird der Welt den sozialen Frieden nicht bringen. Die deutsche Delegation wiederholt daher ihren Antrag auf Einberufung

einer Konferenz der Vertreter der Landesorganisationen aller Arbeitergewerkschaften noch während der Friedensverhandlungen. Sollte er wiederum abgelehnt werden, so ist mindestens eine Neuferung der Führer der Gewerkschaften aller Länder erforderlich.

Das Privateigentum im feindlichen Ausland.

Die zweite Note im n. a.: Die Friedensbedingungen über das Privateigentum der beiderseitigen Staatsangehörigen sind in erster Linie von dem Bestreben der Ententeeregierungen diktiert, das gesamte in ihrem Machtbereich befindliche deutsche Privatvermögen als eine einheitliche Masse zu behandeln, aus der sowohl die Privatforderungen ihrer Staatsangehörigen, als auch die staatlichen Ansprüche auf Kriegsschadensersatz befriedigt werden sollen. Die deutsche Delegation sieht sich zu der Erklärung verpflichtet, daß ihre die vorgelegene Regelung grundsätzlich unannehmbar erscheint, da sie mit den elementarsten Gedanken eines Rechtsfriedens im Widerspruch steht. Die vorgeschlagene Verwendung deutschen Privateigentums im Ausland läuft auf eine derartig weitgehende Konfiskation von Privatbesitz hinaus, daß eine allgemeine Erschütterung der Grundlagen des internationalen Rechtsstrebens die Folge sein muß. Eine Reihe von Bedenken würde dagegen dadurch beseitigt werden, daß der Grundsatz der Gegenseitigkeit Anwendung fände, wie er dem Geiste des Völkerrechts entspricht. Im übrigen wäre mündliche Beratung vordringlich.

seiner Schiffsbauten verlangt. Die Note erwähnt jedoch nicht, daß man Deutschland einen Teil seiner kleineren Schiffe überläßt. Das Opfer seiner großen Handelsschiffe ist die notwendige Säbuc, weil es in den letzten zwei Jahren des Kriegs allem Brauch und allen Gelegenheiten zum Hohn einen erbarmungslosen Feindzug gegen die Handelsflotte der Welt geführt hat. Als teureren Ersatz der verlorene 12750000 Tonnen beabsichtigt man, 4 Millionen Tonnen deutscher Schiffe zu nehmen. Diese Schiffe stellen weniger als ein Drittel der Tonnage dar, die zerstört worden ist.

Die zollfreie Einfuhr der Kartoffeln ist für 3 Jahre vorgezogen. Die Lage ist die gleiche für die Phosphate, die Deutschland vor dem Kriege einfuhrte und die es auch nachher weiter einführen kann. Deutschland wird weiter ein Viertel seiner Kohlenproduktion verlieren, aber diese Kohle kommt aus übertragene (d. h. weggenommenen) Gebieten, und es bleiben Deutschland 80 Millionen Tonnen Braunkohle. Außerdem wird die Kohlenproduktion in den nicht „übertragenen“ Gebieten, die vor dem Krieg gewachsen ist, noch weiter wachsen. Ferner muß man in Betracht ziehen, daß Deutschland die durch die planmäßige Fortführung in den Kohlenbergwerken Nordfrankreichs hervorgerufenen Ausfälle decken muß. Wenn Deutschland gezwungen ist, Eisen und Zink einzuführen, so befindet es sich in derselben Lage wie viele andere Länder. Die Darlegungen der deutschen Note über die Zukunft der deutschen Industrie sind sehr übertrieben. Man rechnet nicht damit, daß das durch den Krieg hervorgerufene wirtschaftliche Unglück allgemein ist. Die deutschen Voraussetzungen über die zukünftige Bevölkerung sind zweifelhaft, und wenn Deutschland von den Verlusten spricht, die es nach dem Kriege an der Bevölkerung erleiden wird, so vergißt es die viel beträchtlicheren Verluste, die die Alliierten infolge ihres Angriffs erlitten haben. Uebrigens beruht die Zahl der Verluste, die durch die Blockade verursacht sein sollen, auf bloßen Vermutungen. Ein Land kann auch ein großes Industrieland sein, wenn es nicht selbst seine Rohprodukte erzeugt. Dasselbe ist der Fall bei England. Außerdem litt das deutsche Gebiet nie unter Mangel an Eisen und Zink. Die unverbesserten Quellen, die ihm bleiben, reichten mit seiner Ausfuhr, müssen für seine Wiederaufrichtung und Entwicklung genügen. Die Herabsetzung der militärischen Rüstungen wird diese Wiederaufrichtung erleichtern.

Wieder eine höhnische Ablehnung.

Clemenceau sagt in seiner Antwortnote auf die Note des Grafen Brodorsky-Rangau vom 13. Mai über die wirtschaftlichen Bedingungen des Friedensvertrags, daß die Anforderungen der deutschen Abordnung ganz ungenügend und stark übertrieben seien.

Die deutsche Note erklärt einleitend, daß die bedeutenden Kräfteanlagen Deutschlands vor dem Kriege zur Deckung der Bedürfnisse einer Bevölkerung von 67 Millionen Einwohner nicht genügen. Aber die Bevölkerung Deutschlands wird jetzt etwa um 6 Millionen Seelen verringert werden.

Die deutsche Note sagt darüber, daß man von Deutschland die Abtretung seiner vorhandenen oder im Bau befindlichen Handelsflotte, ein Vorecht auf

Landrichter Lange.

Namen von Maria Lenzen, g. b. v. Schlegel.

Die arme Frau Lange war wieder vollständig besetzt; sie vermochte nur, mit ihren Tränen kämpfend, zu flammeln: „Ich hoffe, daß wenigstens du Eise, überzeugt bist, daß nicht ein kleinliches Mißgönnen, sondern meine mütterliche Sorge um dich, mich der Absicht des Vaters widerstreben ließ.“

Mit liebevoller Innigkeit schlang das Mädchen um den Hals der Mutter und suchte sie mit kindlichen Schmeicheln zu beruhigen. Der Richter sah achtsam auf die anmutige Gruppe herab, während er heimlich dachte: „Ja, sie ist schön; auch das räumt die eine oder andere Schwierigkeit hinweg.“

Franz Lange kehrte erst eine Stunde nach Mitternacht von Bonndorf nach Hause zurück und setzte voraus, er werde die Zeinigen in tiefer Ruhe finden. Seine Mutter und seine Schwester hatten auch bereits vor mehreren Stunden ihre Schlafstimmer aufgesucht. Der Richter aber befand sich noch im Vorderzimmer, seinen Sohn erwartend.

„Lieber Vater, hätte ich ahnen können, daß du aufbleiben würdest, ich wäre früher nach Hause gekommen.“

„Warum hättest du das tun sollen? Die Zeit ist mir nicht lang geworden,“ sagte der Landrichter zur Gelanten. „Ein tüchtiger Mann ist sich selbst ein unterhaltender Gesellschafter. Aber freilich, in deinem Alter zieht man das Nachdenken vor. Und das ist auch in der Jagd. Ich habe mich indes auch nicht bloß mit dem Bedanken beschäftigt, sondern nebenbei ein kleines Jagdrevier geplant, das wir in der Bonndorfer Freuden geben wollen. Du weißt, ich habe eine hübsche Jagd in der Hobezeit des Reichshofes Bökendorf, den ich vor zwei Jahren kaufte. Seit einem Jahre habe ich auch die Jagd in der Heide nebenan gepachtet, die den Bauern des Dorfes Geisenbeck gehört. Die Schonzeit für Hasen ist zwar schon eingetreten, und Hochwild gibt es in meiner Jagd leider nicht. Aber in der Heide, die nach der Bökendorfer

Seite von Bismarck umgeben ist, haust eine ziemlich große Anzahl von Hirschen, und ich habe den Bauern trotz ihrer Klagen, verwehrt, ihnen zuleibe zu gehen. Wir laden also für einen Tag der nächsten Woche den Baron Bonndorf und seinen Sohn, meinen Bruder, der sich wohl auf einen Tag von seinen Patienten freimachen kann, und deinen Better Albert, die beide als feingebildete Männer sehr wohl in unseren Kreis passen, sowie Herrn von Bernach auf Klosterholz ein, um in unserer Gesellschaft dem Meister Reinecke und seiner Sippe den Garau zu machen und gegen sechs Uhr bei uns zu dinnieren.“

„Es wäre mir gewiß lieb, Vater, wenn du die wälfreundschaft, die der Freiherr mir erweist.“

„Nun, natürlich will ich sie erwidern, und mindestens auf gleichem Fuße, wie er sie bietet.“

„Aber wird eine Tischgesellschaft mit allem, was daran hängt, der Mutter nicht zu viele Mühe verursachen?“

„Sie soll nur das Vergnügen haben, anzuordnen und zu befehlen, für die passende Bedienung werde ich Sorge tragen und aus der Großstadt eine ganz ausgezeichnete Köchin kommen lassen.“

„Dennoch fürchte ich, daß die Mutter viel sorgen und sich quälen wird.“

„Sie wird sich daran gewöhnen müssen, denn da ihre Kinder erwachsen sind, wird sie öfter in die Lage kommen, Gesellschaften geben zu müssen. Gehe du ruhig schlafen und träume von der Fuchsjagd in der Geisenbecker Heide. Aber halt, noch eine Frage: waren die Barontin und ihre Tochter heute mit an der Tafel?“

„Ja, wohl, sie beide, Fräulein Isabella und die Gemahlin und Tochter des auch anwesenden Freiherrn von Serenz.“

„Wirklich? — Nun, dir war es gewiß nicht unlieb, denn du hast eine Vorliebe für die schöne Freiin Leonore. Aber weshalb erschrickst du? Dein Geschmack ist so gut, daß du ihn nicht zu verteidigen brauchst, und Fräulein von Bonndorf darf es sich zur Ehre anrechnen, von meinem Sohne bewundert zu werden. Doch es ist hohe Zeit, daß wir schlafen gehen. Gute Nacht, mein Junge.“

In den folgenden Tagen haben die Zeinigen den Landrichter nur wenig. Er war nicht selbst nach Bismarck gefahren, sondern hatte seinen Sohn geschickt, um ein Reitpferd für seine Schwester anzuschaffen und eine Menge Aufträge zu erledigen, die mit den beabsichtigten Hesse zusammenhängen. Er selbst war in seinem Studierzimmer mit Schreiben beschäftigt und in Nachdenken vertieft. Er sah er aber zur Speisezeit bei den Zeinigen, so gab er sich gespannt und wohlgeplaut. Dennoch zeigte er sich entschlossen, in allen Dingen Gehorsam sich zu verschaffen. So war er ein Versuch Eises, ihren Vater zu bewegen, aus Liebe zu ihrer Mutter das von dieser beauftragete Reiten aufgeben zu dürfen, von ihm sehr abel aufgenommen worden und völlig geseitert.

Konzert-Programm

Montag, den 26. Mai
nachm. 5-6 Uhr Kurplatz

- Der Torgauer-Marsch
- Ouverture „Coriolan“
- Ein Albumblatt
- Schweizerlieder, angereicht
- Rote Rosen, Walzer

Beethoven
Wagner
Schenk
Lehar

Dienstag, den 27. Mai, vorm. 11-12 Uhr Trinkhalle

- Choral: „Ich will dich lieben, meine Stärke.“
- Ouverture „Der Wasserträger“
- Sinfonie-Andante
- Melodien aus „Hoffmann's Erzählungen“
- Luxemburg-Walzer

Cherubini
Haydn
Offenbach
Lehar

nachm. 3 1/2 - 4 1/2 Uhr Anlagen

- Frisch drauf los! Marsch
- Ouverture „Das ehorne Pferd“
- Das Vergißmeinsicht, Lied
- Isar-Klänge, Walzer
- Marschwalzen, angereicht von

v. Blon
Auber
v. Suppe
Kienlin
Kontzak

Abends 8 1/2 Uhr im Kursaal
4. Musikalischer Abend



Die Note schließt: In dem ungeheuren Weltungslad ist der Anteil, den Deutschland auf sich nehmen muß, an seiner Schuld und nicht an seinen Kräften zu bemessen. Die Nationen Europas werden lange an einer beinahe zu schweren Last zu tragen haben, die ihnen durch den deutschen Angriff auferlegt worden sind. Es ist gerecht, daß Deutschland, das dieses Elend verursacht hat, es im vollen Umfang seiner Mittel wieder gutmacht. Seine Leiden haben nicht ihre Ursachen in den Friedensbedingungen, sondern in den Taten derjenigen, die diesen Krieg hervorgerufen und verlängert haben. Die Urheber des Kriegs dürfen den gerechten Folgen nicht entgehen.

Ein finanzieller Völkerbund.

Der „Manchester Guardian“, der als Sprachrohr Lloyd Georges gilt, befürwortet die Gründung eines finanziellen Völkerbunds als Ergänzung des eigentlichen Völkerbunds, um die Einkünfte aller Völkerbundsmitglieder zu gemeinsamen Beständen zu verbinden. Diese neue Einrichtung müßte vor allem dafür eintreten, einen Ersatz für die internationalen Schulden zu schaffen, um den weniger kreditfähigen Schuldnern Erleichterungen zu ermöglichen. Auf allen Weltmärkten müßte eine Anleihe ausgetrieben werden, die von allen Staaten garantiert würde. Dazu müßten die Vereinigten Staaten Kredite von 50 Milliarden Franken beisteuern, Großbritannien ebenso, ferner Frankreich, Japan und die skandinavischen Länder kleinere Summen. Jeder Staat erhält für seinen Beitrag einen entsprechenden Teil von Schuldverschreibungen der Weltanleihe. Die jährlichen Zinsbeiträge zu 4 v. H. gerechnet und 1 v. H. Abzahlung bei 125 Milliarden Franken Anleihe 6250000 Franken. Deres Ertrag ist es nicht im Verhältnis ihrer Schuld ausgereicht werden, die Verteilung vielmehr im Verhältnis der Zahlungsfähigkeit jedes Schuldners erfolgen. Länder, die einen festen Kredit und wachsende Einnahmen besitzen, wie England, und Länder, die enorme Verleihen im Kriege gemacht haben, wie Amerika, müßten von dem Völkerbund eingeladen werden, in bestimmten Verhältnissen zur Festigung der internationalen Finanzen beizutragen.

Dieses Projekt bedeutet, wenn es ernst genommen wird, daß England in finanzieller Hinsicht einleiten möchte und den finanziellen Ruin Deutschlands, dem es im Friedensvertrag zustrebt, hintanhaltend möchte. Deutschland besteht ein ähnliches Projekt seit langem, das England und Amerika bekanntgegeben wurde. Ob diese ihm jetzt zugänglich werden, bleibt abzuwarten.

Kundgebung der evangelischen Kirche.

Der Deutsche ev. Kirchenausschuss als Vertretung der ev. Kirchen Deutschlands hat eine Kundgebung zu den Friedensbedingungen an das Auswärtige Amt gerichtet, in der es u. a. heißt:

Eine große Zahl deutscher evangelischer Gemeinden, Millionen evangelischer Christen sollen gegen ihren Willen, ja ohne auch nur gehört zu werden, von ihrem Mutterlande losgerissen und damit auch in ihrem kirchlichen und religiösen Leben auf das empfindlichste beeinträchtigt werden.

Das Selbstbestimmungsrecht wird einer großen, geistig hochentwickelten Nation auf dem Gebiet ihres inneren Lebens, in der Befreiung religiöser Freiheit, verweigert. Den verbündeten Mächten wird das Recht zuerkannt, auch den deutschen Kirchengemeinden der Schutzgebiete und des Auslands ihren Besitz, ihre Gotteshäuser, ihre Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen zu nehmen und als Wertobjekte anzubeden.

Derartige Bedingungen dürfen unter christlichen Völkern die Grundlagen eines Weltfriedensvertrags nicht bilden.

An das Auswärtige Amt richtet deshalb der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss die bringende Bitte, mit größtem Nachdruck auf eine gründliche und gesonderte Erörterung dieser Frage hinzuwirken, und zwar unter Zuziehung von Sachverständigen.

Neues vom Tage.

Die Reichsregierung zu der Gebietsabtretung.

Berlin, 25. Mai. Die „Berl. Neuesten Nachr.“ erfahren, daß die Reichsregierung an dem Besitz des Industriegebiets von Oberschlesien und an der Saar unbedingt festhalten wolle, während sie der ost- und westpreussischen sowie der polenischen Frage, die fast ausschließlich landwirtschaftlichen Charakter hat, weniger Gewicht beilege. Doch sei sie bestrebt, für diese Gebiete wenigstens auf der Forderung der Volksabstimmung zu bestehen.

Berlin, 25. Mai. Die „Tägliche Rundschau“ berichtet über den ober-schlesischen Freiheitsskampf: Die über das ganze Land gehende, alle Kreise, Berufe und Landesteile ergreifende Empörung gegen den uns zugemessenen Gewaltfrieden beweist den geschilderten Willen des deutschen Volkes, daß eine Regierung, die auch nur mit dem Gedanken, dem Volk die Annahme dieser Friedensbedingungen zuzumuten, spielen würde, zur selben Stunde von der öffentlichen Meinung weggerückt würde. Die bedrohten Landesteile würden überdies in einem solchen Fall zur Selbsthilfe greifen.

Ein Ausruf des Gewissens.

Berlin, 25. Mai. Im Sinn der deutschen evangelischen Geistlichkeit und in Bezug auf frühere Verbindungen mit englischen Geistlichen hat Dr. v. Dronander einen Brief durch Vermittlung eines hohen neutralen Geistlichen dem (protestantischen) Erzbischof von Canterbury zugehen lassen, worin er die Frage stellt, ob der Erzbischof ein Wort des Protestes oder der Mißbilligung gegen das aller Zivilitation, aller Humanität, allem christlichen Empfinden ins Gesicht schlagende Verhalten der englischen Regierung bezüglich der Diktatorien in der Pfalz.

Die Lage in der Pfalz.

Berlin, 25. Mai. Der Regierungspräsident der

Pfalz, v. Winterstein, der dem Völkervertrag der „Auslösung der Pfälzischen Republik“ entschieden entgegengetreten ist, wurde gütlich von den Franzosen verhaftet, und, wie der Bürgermeister von Landau, über den Rhein abgehoben. Am Sonntag soll die Republik auf neue angesetzt und die Beamten gezwungen werden, der neuen Regierung, die aus den 21 Herren von Landau gebildet werden soll, den Treueid zu leisten, was von den Beamten mit Ausnahme des Oberverwalters Grafen verweigert wird. Die französischen Behörden haben die „Republik Rheinpfalz“ bereits anerkannt.

Mannheim, 25. Mai. Der Reichsherr der 8 französischen Armee, General Gerard, macht in einem Aufschlag in der ganzen Pfalz bekannt, es sei dem Generalkommando zur Kenntnis gekommen, daß Landauer Bewohner die 21 Hochverräter der Pfalz wegen ihrer Hinneigung zu Frankreich und deutschen Beamten Anlegenheiten haben erfahren müßten. Das sei ein Mißbrauch der Amtsgewalt (1) ein Verstoß gegen die Rechte des Marichalls Koch und daraufhin gegenüber dem wohlwollenden Frankreich. Die französische Militärbehörde habe es stets vermieden, irgendeine politische Bezeichnung auszusprechen. Daher werde die Militärbehörde gegen jene Beamte geeignete Maßnahmen ergreifen, um die „rechtsschaffenen Bürger“ zu beruhigen.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 25. Mai. Clemenceau hat den Vorschlag der französischen Kammer und des Senats, den Wortlaut des Friedensvertrags mitzutheilen, abgelehnt. Er erklärte, auch die übrigen Verbündeten werden den Vertrag ihren Parlamenten nicht bekannt geben, ehe er nicht von den Deutschen unterzeichnet sei.

Paris, 25. Mai. Auffallend ist das Bestreben der Pariser Presse, die Stellungnahme der Unabhängigen Sozialisten in Deutschland zum Friedensvertrag herauszufindern. Die Versetzungen der Presse erinnern in gewissem Maße an den Feldzug, den die ganze Kontinente in den Kriegsjahren führte und in dem sie immer wieder erklärte, wenn Deutschland Revolution gemacht und seine schuldigen Führer und die Militärkräfte gestürzt habe, dann werde man mit dem deutschen Volk über den Frieden reden können. Jetzt erklärt die Presse, daß allein die Unabhängigen Deutschlands eine vernünftige Sprache führen. Wie damals die Entente gewinnlich hatte, durch eine deutsche Revolution die Kraft der deutschen Armeen zu brechen, so wünscht sie wohl auch heute nur, daß der Frieden infolge von Zunahme der unabhängigen Bewegung in Deutschland unterzeichnet werde. Besonders kennzeichnend ist, daß die „Humanität“ und andere sozialistische Blätter zwar gegen den Gewaltfrieden protestieren, aber von einer Tat dagegen nichts wissen wollen.

Berlin, 24. Mai. (Havas.) Der Dampfer „George Washington“ ist hier eingetroffen.

2. im Osten.

Vilna, 24. Mai. Die litauische Regierung hat die Reichsregierung gebeten, die reichsdeutschen Truppen noch einige Zeit in Litauen zu belassen, da die litauische Landeswehr vorläufig noch nicht imstande sei, allein die Front gegen die Bolschewisten zu halten.

Helsingfors, 24. Mai. In Petersburg und Umgebung ist ein großer Brand mit heftigen Explosionen beobachtet worden. Man glaubt, daß die Bolschewisten, durch den Vormarsch der Eskadren in die Enge getrieben, Munitionsdepots in die Luft fliegen ließen. Es verlautet, daß die Bevölkerung sich gegen die Bolschewisten erhoben habe.

Neuterei französischer Matrosen.

Paris, 24. Mai. Nach der Zeitung „La Vogue“ haben die Matrosen der vor Sebastopol liegenden 8 französischen Kriegsschiffe gemeinert, die rote Flagge gehißt und die Auflösung des Reichs gefordert, die der Admiral auch zusagte. Die an Land befindlichen Franzosen verbrühten sich mit den Bolschewisten. — Das Blatt wurde beschlagnahmt.

Anweisung eines Großfürsten.

Paris, 24. Mai. (Havas.) Vauz „Main“ wurde der russische Großfürst Boris angefordert, Frankreich zu verlassen. Er hat sich nach Italien gewandt.

Berlin, 25. Mai. Wie es scheint, ist Oberleutnant Vogel mit Hilfe des Leutnants Lindemann von Jüterbog aus mit einem Flugzeug vermutlich nach Holland geflohen.

Die Reaktion gegen den Volksgewinn.

Budapest, 25. Mai. Der „Pester Lloyd“ meldet, die Gegenregierung in Szegedin gehe gegen den Kommunismus rücksichtslos vor. Ein Mitglied der kommunistischen Ortsregierung sei zum Tod des Erschießens und ein Arbeiterführer zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden.

Streif des „Dreibunds“?

Kopenhagen, 25. Mai. „Politiken“ meldet aus London, der Volksgewinnsschritt des englischen Gewerkschaftskongresses (Verarbeiter, Eisenbahner und Transportarbeiter) habe unter Androhung des Generalfstreiks von der Regierung die Einstellung der Einmischung in Rußland und die Aufhebung der Blockade gegen Deutschland verlangt. Die Antwort der Regierung sei nicht befriedigend gewesen.

London, 25. Mai. „Daily News“ melden: In den Kreisen der Konferenz nimmt die Ueberzeugung zu, daß an dem Vertrag erhebliche Änderungen vorgenommen werden müssen, ehe von der endgültigen Unterzeichnung die Rede sein kann. Der Vertrag werde zweifellos abgeändert werden.

Paris, 25. Mai. Der Vorsitzende der österreichischen Friedenskommission klagte sich bei Clemenceau, daß in dem Friedensschluß außer der Prüfung der Vollmachten noch nichts geschähen sei, obwohl die Abordnung schon seit dem 14. Mai in St. Germain weilte.

Baden.

(-) Karlsruhe, 23. Mai. Die letzte Vollversammlung der Handelskammer Karlsruhe beschäftigte sich u. a. mit der Frage einer etwaigen Verschmelzung Württemberg mit Baden und nahm entschiedene Stellung gegen den Plan. Bei einem Zusammenschluß würde Baden außerordentlich benachteiligt, während Württemberg in großen und ganzen der gewinnende Teil sein würde.

(-) Karlsruhe, 23. Mai. Da in der nächsten Zeit eine Reihe verdienter Beamter in den Ruhestand treten wird, hat der Justizminister Trunk einen Erlaß an die Justizbehörden gerichtet mit der Aufforderung, den bei manchen Dienststellen üblichen Brauch, die in den Ruhestand übertretenden Beamten, gütlich, welcher Beamten-gattung sie angehören, in Gegenwart aller Beamten und Bediensteten in feierlicher Weise zu verabschieden, ebenfalls einzuführen.

(-) Karlsruhe, 23. Mai. Durch den 35. Verbandstag des Verbandes der landw. Kreditgenossenschaften in Baden, der gestern vormittag unter dem Vorsitz des Oekonomierats Häcker freudig stattfand, erhielten die Tagungen der bad. landw. Genossenschaften ihren Abschluß. 209 Vereine waren vertreten. Laut Jahresbericht umfaßt der Verband 436 Vereine mit 66718 Mitgliedern. Der Gesamtumsatz betrug sich auf 240,8 Mill. M. gegenüber 173,9 Millionen im Jahre 1917. Der Gesamtgewinn betrug 740000 M., der Reservefonds 4928000 M. Der durchschnittliche Umsatz der einzelnen Vereine beträgt 318979 M. Der Umsatz bei der Ausgleichstelle hat sich um 24 Millionen M. erhöht. Die Ausgleichstelle hat die Gelder mit 4 Prozent verzinst. Die landw. Kreditverbandkasse hatte einen Umsatz von 86,5 Millionen M. Der Reingewinn betrug 36736 M. Die Mitgliederzahl ist auf 420 Vereine angewachsen, das Gesamtvermögen auf 236650 M., das eigene Vermögen ist um 455000 M. gestiegen. An der 9. Kriegsanleihe ist der Verband mit 17,3 Millionen M. beteiligt, an sämtlichen Kriegsanleihen mit 110 Mill. M. In den Vorstand wurde Stöcker-Oberrottweit neugewählt. An zahlreiche Mitglieder wurde für 25jährige Tätigkeit im Verband ein Diplom verliehen.

(-) Mannheim, 23. Mai. Beim Spielen am Rhein fiel das 8-jährige Söhnchen einer hiesigen Familie ins Wasser und ertrank.

(-) Mannheim, 23. Mai. Ein gefährlicher Schwindler stand in der Perion des Schloßers Friedrich Wagner vor der Strafkammer. Wagner hatte sich an Reisende herangemacht und ihnen versprochen, Ausweise nach der Pfalz zu besorgen und das Gepäck auszubewahren. Die unglückseligen Reisenden erhielten keine Ausweise und wurden außerdem noch von dem Schwindler bestohlen. Die Strafkammer verurteilte Wagner zu 2 Jahren unseiner Helfershelfer, den Schloßer Karl Gwinner zu 1 Jahr Gefängnis.

(-) Pforzheim, 23. Mai. In einem Zug nach Eberstadt wurden vier Pforzheimer Schmuggler abgefaßt, die über eine halbe Million M. gemünztes Gold und Goldwaren bei sich führten, die sie anscheinend nach der Schweiz bringen wollten.

(-) Karlsruhe, 23. Mai. In einem amtlichen Artikel der „Karlsruher Ztg.“ wird mitgeteilt, daß bei der Regierung keineswegs die Neigung und die Absicht bestünde, die Arbeiterräte auszuschalten. Wenn jetzt die Arbeiterräte als Kontrollorgane für die Gemeindevorstellungen und Bezirksräte vorgefallen seien, so entspreche dies den wiederholt gefaßten Beschlüssen der Landesversammlung der Arbeiter- und Soldatenräte.

(-) Mannheim, 25. Mai. Am Samstag vormittag erschoff der in den vierziger Jahren stehende Oberostassistent Jakob Kaufmann seine Frau und sein 11-jähriges Töchterchen und machte dann selbst seinem Leben ein Ende. Das neunjährige Söhnchen befand sich zurzeit der Tat in der Schule. Was Kaufmann zu dem ungeligen Schritt bewogen hat, ist noch unangekündigt; die Familie lebte in durchaus geordneten Verhältnissen.

(-) Mannheim, 25. Mai. Im dritten Hafenboden in Rheinau wurde die Leiche eines französischen Soldaten gefunden, der vor einigen Tagen mit seinem Flugzeug bei Speyer in den Rhein gestürzt und ertrunken war.

(-) Heidelberg, 25. Mai. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit, hat das Bezirksamt die Tanzbelustigungen für nächsten Sonntag verboten. — Der jüngst verhafteten Einbrecherbande sind insgesamt 60 Einbruchsdiebstahle nachgewiesen worden.

(-) Heidelberg, 24. Mai. In der „Heidelberger Zeitung“ und in den „Heidelberger Neuesten Nachr.“ sind im Anzeigenteil Erklärungen der unter dem Namen „Vereinigte bürgerliche Gruppen“ am Gemeindevorstellungswahlkampf sich beteiligenden rechtsstehenden Parteien erschienen. Durch diese Erklärung sahen sich die Schriftleiter des „Heidelberger Tagblatts“ gedrängt, sie haben deshalb gegen die für den Inzeratenteil der beiden genannten Zeitungen zeichnenden Personen Verleumdungsklage erhoben.

(-) Bruchsal, 25. Mai. Infolge weiteren Steigens der Kohlenpreise und Einführung eines Tarifvertrags mit den städt. Arbeitern, muß der Gaspreis von 30 auf 40 Pfg. erhöht werden. — Der Stadtrat hat sich dem Vorgehen der Stadt Karlsruhe, welche die geplante Einführung einer Kapitalertragssteuer bekämpft, angeschlossen.

(-) Meßkirch, 23. Mai. In Schwadenreuthetam es zu einer richtigen Hämmer schlacht, bei der die Kontrollbeamten von ungefähr 16 Hämmerern angegriffen wurden. Einer der Haupthammerer, ein bekannter Schleifhändler von Konstanz, hatte anscheinend eine Art Schutztruppe gebildet, mit der er die beiden Kontrollbeamten zwingen wollte, bereits beschlagnahmte Hammerware herauszugeben. Es entstand eine große Prügelei, die erst endete, als die Beamten mit der Schutzwaffe drohten.

(-) Billingen, 24. Mai. In Billingen, St. Georgen, Trüben und anderen Schwarzwaldorten fanden Versammlungen gegen den Fremdenverkehr statt. Es wurde

fordert, daß der Fremdenverkehr im Kreis Sillingen diesen Sommer vollständig gesperrt werde und nur wirklich kranken Personen kurzer Kurzaufenthalt gestattet werde. Der Durchgangsverkehr soll eine Übernachtung nicht überschreiten.

Freiburg, 24. Mai. Am 1. August teilt folgende katholischen Geistlichen der Erzdiözese Freiburg ihr goldenes Priesterjubiläum: Professor August Brenig in Mastatt, Pfarrrer Engelbert Tamal in Sauten, Pfarrrer Franz Edelmann i. N. in Wengenbach, Dekan Hammerle in Oberriedstadt, Prälat Engelbert Meier in Freiburg (Schweiz), Pfarrrer Ferdinand Meier i. N. Thengen, Geistl. Rat Theodor Wacker in Freiburg-Bähringen.

Schluss der Rede des Herrn Dr. Bayer.

Wilhelm der Zweite wies das wiederholte Bündnisangebot Englands zurück, obwohl letzteres bestimmt darauf hinwies, daß es sich nicht dem russisch-französischen Bund anschließen würde.

„Deutschlands Zukunft liegt auf dem Wasser“. Als Wilhelm der Zweite diese Parole ausgab, befand er sich in dem besten Entschluß, nicht bloß die größte Landmacht zu besitzen, sondern sich auch eine Seemacht zu schaffen, die jeder anderen, also auch der englischen gewachsen war. Damit war der Grund zum Bruderkrieg gelegt, der in absehbarer Zeit zum blutigen Austrag drängte, wenn nicht Wilhelm der Zweite noch in letzter Stunde zur Einsicht und Mäßigung gelangte. Die preussische Hofelite sorgte dafür, daß das nicht geschah, sie brachte auch die Mission Balmores zum Scheitern; es war der letzte englische Versuch zu einer Verständigung. Immer lauter klagte der Kaiser über die zunehmende Isolierung und Einkreisung Deutschlands; er hatte kein Recht, sich zu beklagen, wohl aber rechtlichen Grund zur Selbstanklage. Umsonst hatte ihm Frankreich wiederholten Antrag zum Eintritt in den russisch-französischen Bund gemacht, er hatte ihn jedesmal abgelehnt!

Umsonst hatte auch Japan den deutschen Kaiser zum Bündnis immer und immer wieder gedrängt, er hat es ständig abgelehnt.

Seine Isolierung war eine selbstgewollte; er wollte seiner Politik, seiner Expansionsmöglichkeit keine Grenzen setzen. Umsonst haben gute deutsche Patrioten und Friedensfreunde vor dem Casarenwahn Wilhelms des Zweiten gewarnt. Niemand schenkte ihm Gehör, am allerwenigsten der sich selbst vergötternde Kaiser. Er blieb auf dem Irrweg, der Deutschland ins Verderben führen mußte.

Umsonst bestanden für ihn die natürlichen durch Ägypten und Indien geschaffenen Gegensätze zwischen Frankreich und Rußland einer, und England andererseits, deren Geschichte Ausnützung Englands und seine überragende Seemacht dauernd an die Seite Deutschlands gebunden hätte. Niemals hätten Frankreich und Rußland das Waagen auf sich genommen, gegen den deutsch-englischen Waffenbund das Kriegsglück anzurufen.

Und was tat der Kaiser? Er schloß sich nur um so enger an Oesterreich an, von dem jedermann wußte, daß der Reichsliquidator schon bedenklich nahe an seine Haustüre herangerückt war; er klammerte sich an den Türkenstaat an, von dem bereits lebenswichtige Teile kurz zuvor losgetrennt worden waren, und erreichte durch beides, daß er in immer unlösbarerem Widerstand und Intereffektivität mit Rußland geriet, mit dessen Jaren er zu gleicher Zeit ein Waffenbündnis gegen England abzuschließen sich bemühte, dem auch unter Erzfeind Frankreich sich hätte anschließen sollen. Er suchte Italien an seiner Seite mit allen Mitteln festzuhalten, obwohl Bismarck schon lange erkannt und ausgesprochen hatte, daß Italien nur so lange an Deutschlands Bündnis festhalten könnte, als Deutschlands gutes Einvernehmen mit England hielt, dessen Riesenrolle, je nachdem, Schutz oder Verderben für die endlose Meerestüste Italiens brachte. Die Warnung von Algeras drang nicht bis zum Ohr Wilhelms des Zweiten.

Und wären die Vereinigten Staaten von Nordamerika nicht von selbst aktiv ins gegenwärtige Lager übergegangen, so hätte es Wilhelm der Zweite sicher fertig gebracht, dadurch, daß er seinen Washingtoner Verwandten mit der Aufgabe betraute, ein Bündnis mit Japan und Mexiko, den Erzfeinden der Vereinigten Staaten, abzuschließen; Leider erwies sich dieser Gedanke nicht als glücklich; der Plan wurde in Washington verraten und damit war des Schlußglied der Kette fertig, die Deutschland erdroffelte.

Wer mit einiger Aufmerksamkeit den Gedankengängen gefolgt ist, die ich hier nur kurz entwickelt habe, wird es nicht schwer fallen, einzusehen, daß das lächerliche Regiment Wilhelms des Zweiten nicht anders enden konnte, als einträchtig dem Völkereinstieg, mit einer ebenso riesigen Katastrophe, deren höchste Entwicklung wir in diesen Tagen als Betroffene erleben.

Berechte Anwesende! Es gab eine Zeit — und sie liegt noch gar nicht so weit hinter uns — da glaubte jedermann, die Erde stehe still und die Sonne bewege sich um die Erde. Es gab eine Zeit — und sie liegt ein 5 Jahre hinter uns — da glaubte jeder gute deutsche Bürger, Deutschland erfahre sich der größten Ruhelage und die ganze Welt drehe sich einzig um das deutsche Reich und seinen allmächtigen Herrscher; und die offiziöse Presse trug alles dazu bei, uns in diesem Glauben zu erhalten. Noppur si mouve! Und sie bewegt sich doch! Trotz päpstlicher Bulle und Panzstrahl auf den Entdecker des wahren Naturgesetzes, bewegt sich heute und ewig die kleine Erde um die große Sonne.

Für dauernder Waffenbund der größten Landmacht mit der größten Seemacht hätte diese beiden germanischen Staaten zur Weltmacht gemacht, die den anderen Völkern ihre Bahn gewiesen, den Frieden erhalten und uns unglückliches Leid und trostloses Elend ersparte. Als der Eintritt der Katastrophe nicht länger aufzuhalten war, verließen die Ratten das sinkende Schiff in eiliger

Mut. Verführer und Verführte zugleich jagte der Kaiser, in wüthender Wollust, wie immer Brust und Bauch mit Erdenschüssen überhäufte, in seinem Auto davon, um hinter den Grenzpfählen Soltdands sein liebes Leben in Sicherheit zu bringen. Nicht dem deutschen Kaiser, in dem Jüdischen Wilhelm von Hohenzollern gewähltem Einfluß und sicherem Verstand. Seine Berater und Genossen im Mittel hatten ebenfalls Mittel und Wege gefunden, um schnell und geräuschlos in der Schweiz oder in Schweden geheimen Unterschlupf zu finden. Umsonst und umbrannt vom Sturm der mächtig andrängenden Feinde von außen, und der Revolution von innen, stand einzig, ein Kocher de Bronze, Delt Kanderuburg, der deutsche Feldmarschall, dem das denkbar Vaterland unerschütterlichen Vorbeer um die Stirne wüthete, und den die Kriegsgeschichte für immer einen ihrer Helden nennen und rühmen wird.

Mit der Macht des Kaisers und seiner Berater war der deutsche Staatswagen führerlos geworden. Gleichzeitig mit Wilhelm dem Zweiten waren auch die anderen Monarchen, wie mit einem Rauberichlage, ganz rüchlich von der Bildfläche verschwunden.

Die deutsche Sozialdemokratie hatte schon lange auf den Augenblick gewartet, wo das angeblich durch und durch moralische alte Staats- und Regierungssystem in sich zusammenstürzte; sie beifolgte erfolgreich diesen Prozess durch rühmliche Werarbeiten dabei, in der Stupe und im Schützengraben und von ihrem Standpunkt aus waren sie gewiß zu der glänzenden Hoffnung berechtigt, nun mit einem einzigen kühnen Schritt das Land ihrer Schmach zu betreten, von wo die goldenen Früchte des Reichthums und der allgemeinen Menschheitsverbesserung herüberloften.

Diese Ächtung erwies sich indes als Trauben, von denen die erreichbaren sauer, die süßen aber in menschlich unerreichbarer Höhe schweben und immer schweben werden, solange Menschen Menschen, d. h. unvollkommene Geschöpfe sind und bleiben.

Deutschland war über Nacht Republik geworden, an ihre Spitze berief sich die Führer der gemäßigten deutschen Sozialdemokratie. Ihre erste Sorge galt natürlich der Sicherung der Herrschaft, und der Beherrschung einer monarchistischen Gegenrevolution. In der Sorge um die eigene und in der Furcht vor der letzteren begingen sie den ersten und verhängnisvollsten Fehler, den sie begehen konnten: die sofortige allgemeine Erziehung. Nur wenige geistungsreiche Parteigenossen blieben bewußt, ihnen wurde der Schutz der in der Heimat verbliebenen Kriegsmittel anvertraut, um so im Falle einer Gegenrevolution sofort alle Nachmittel in der eigenen Hand zu haben.

Heute sehen wir nur allzu deutlich, wie falsch diese Selbstverwahrung war. Zu spät kam leider die Einsicht, zu spät die Hilfe und der Rat der führenden Männer der demokratischen Partei und des Zentrums, denen allein wir für ihre großen selbstlosen persönlichen Opfer zu großem Danke immer verpflichtet sein werden.

Wäre unser Heer unter den Waffen geblieben und hätte man es in seiner altproben Disziplin erhalten, ununterbrochen hätten wir die blutigen Greuel des Bürgerkriegs, der paralytischen Verwundungen, Nord- und Sünderien erlebt!

Kümmern wir uns heute und beutegierigen Feinde sich eindruckt, unsere wohlverwahrte Grenze zu überfallen und uns einen Frieden zu diktiert, wie werden sie jedoch den Abgeordneten des deutschen Volkes in Versailles zu überreichen wagen? Und wie sieht dieser Friede aus? Daß Gott sich unserer erbarmen möge!

Die Sozialdemokratie nahm für sich von vortreten den Ruhm in Anspruch, Deutschland den Frieden zu bringen bzw. gebracht zu haben; sie glaubte, ganz allein befähigt zu sein, der aus allen Wunden blutenden Heimat Frieden, Ruhe und neues Glück zu bringen. Ihr Ruhm kam gewiß aus gutem Herzen, aber sie haben sich selbst und uns bitter getäuscht.

Berechte Anwesende! Jedes Ding hat seine Zeit, auch die Monarchien haben ihre Zeit, und mancher Monarch hat Gutes und Tugendes für sein Land geschaffen. Ihre Zeit ist vorüber; das deutsche Volk ist in dem gewaltigen 40-jährigen Völkerringen reif geworden zur Selbstregierung, und kein vernünftiger, politisch denkender und schmerzender Deutscher kann nur im enternsten Momenten, daß die früheren deutschen Monarchen, die ihr Vorkland in der Stunde der höchsten Not nämlich im Stiche ließen, nur um ihr eigenes Leben zu retten, noch einmal zur Herrschaft gelangten.

Betrachten wir Anfang und Ende dieses Weltkrieges, so sehen wir auch hier mit aller Klarheit, daß niemals auf die Dauer die Alleinherrschaft eines Einzelnen oder einer geordneten Volksherrschaft, einer einzelnen Klasse, Bürgerchaft für dauernden glücklichen Bestand eines Staates zu leisten vermag. Nur die harmonische Eingliederung aller Volksschichten und Verhältnisse in einem in sich geschlossenen Staatsbau bürgt für gelunden Bestand, für Heil und Glück des Gesamtvolkes und das allein ist die wahre Demokratie. Darum ergibt auch heute wieder mein lauter Ruf an alle Bürger und Mitbürgerinnen unserer guten Stadt, sich unserer Partei rüchthellos anzuschließen. Vereinte Kraft hilft auch den Einzelnen, und Stärkung und engsten Bräunnerschaft haben wir bitter nötig, gegen wir doch mit Kleinschritten der schwersten Not entgegen, die jemals ein Volk erlebte.

In Versailles, hinter Trauzanz und Stadelbratt, haben wir gefangene wilde Tiere, die Abgeordneten des deutschen Volkes; sie bitten unsere Feinde um Gnade und Wiedergabe des ihnen vor wenigen Tagen überreichten Vorkriegsvertrages. Die ihnen eingehändigsten Vertragbestimmungen bedeuten den Kirchhofrieden für Deutschland, sie bedeuten jahrhundertlanges Sklaventum, völlige Armut und Knechtschaft.

Noch nie ist ein Volk, sein die Welt steht so bedenklos belogen und betrogen worden, wie jedoch das gutmüthige deutsche. Erst versprach die kaiserliche Regierung immer und immer wieder das nahe siegreiche Kriegsende, Bezahlung unserer ins eisenharte angewachsenen Kriegsausgaben, dem Eintrag entsprechender Entschädigungen

und unsere Feinde und endlich unermessliche Eroberungen in allen Erdteilen. Dann versprach Wilson friedlich dem unsichen Volke einen gerechten Frieden und dauernde Vorkriegsvermittlung. Und wie sieht der Friedensvertrag aus, den unsere Feinde uns anzutragen wagen? Nicht genug, daß in seit Vorkriegsstand in schmader-

vollster, rüchtholster Weise unter armen, ausgehungerten Land, all die Monate her wie elende Mangel ausgehungert, was sie uns jetzt bringen wollen in Vorkriegsstand für die ganz, feindliche Welt, in völlige jahrhundertelange Sklaverei. Die Bezahlung von hunderten von Milliarden Kriegsentschädigungen, die völlige Vernichtung unserer Ruhenhandels, der Lebensruher unserer gesamten Industrie, der Raub unserer Schiffe und Ueberseeabel, unserer Kolonien und aller überseeischen Niederlassungen, die Verhaftung des Reichs, der Raub der Erz- und Kohlenlager von Lothringen, im Saagebiet und Ober-Schlesien, der Kahlager im Elb, der Anduskammern von Westpreußen und der Provinz Posen, die Auslieferung unserer letzten im Viehzucht brauchbaren Rette von Pferden und Rindern, all das und nicht weniger verlangen die Feinde vor dem total ausgehungerten, blutleren schon gänzlich verarmten Deutschland. Kein Deutscher, dem nicht beim Leien dieses Friedensangebots die Scham- und Zornesröthe zu Gesicht liegt! Kein Deutscher, der es über Herz brächte, einen solchen schandwürdigen Vertrag zu unterschreiben. Undwüthig ist die Nation, die nicht alles jetzt an ihre Ehre! Lieber einen ehrenvollen Untergang, als schmadvolle Sklaverei!

Den Gefährten, die uns heute beieten und beberrichten hat die Württembergische Staatsregierung treulichen Ausdruck gegeben.

Berechte Anwesende! Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung, wenn ich Ihnen nachfolgende Resolution zur Annahme vorlege:

„Die heute abend versammelten Bürger und Bürgerinnen Württobads erklären den von unseren Feinden gemachten Friedensvorschlag für unannehmbar; sie erheben klammenden Einspruch gegen diese unerhörte Schmach und Vergewaltigung der deutschen Lande; sie stellen sich geschäftlich hinter die Staatsregierung und bitten dieselbe, nur einem Frieden zuzustimmen, der den Grundgedanken der Wilson'schen Friedensbedingungen aufrichtig Rechnung trägt und jede Verbindung ablehnt, die die Lebensmöglichkeiten Deutschland tödtet.“

Zum Zeichen Ihrer Zustimmung bitte ich Sie, sich vor Ihren Zügen zu erheben.

Württemb. Landesversammlung.

Stuttgart, 24. Mai.

Präsident Kell eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr. Bei der 4. Ausdrucks zum Haushalt für 1918 für Feuerungszulagen an Beamte und Pensionäre erklärte die vorgeschlagene Erhöhung sei bedingt durch die Lohnsteigerungen bei den Arbeitern; man müsse sich aber darüber klar sein, daß diese Löhne nur kurze Zeit bezahlt werden können, sobald er sich bemühen werde, durch andere Erhöhung der Steuern die erforderlichen Mittel aufzubringen.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung genehmigt. In der Schlußabstimmung wird der Entwurf einstimmig angenommen, ebenso die von allen Parteien eingebrachte Entschädigung, die Regierung möge allen insolventen und pensionierten Angehörten die gleichen Verbesserungen zukommen lassen.

In den drei Anträgen Baille und Gen. Seikin und Gen. und Plank und Gen. über die Auslieferung des früheren deutschen Kaisers gegen die Anträge des Reichsgerichtlichen Ausschusses vor.

Abg. Wolf (D.P.) wendet sich zunächst gegen den Antrag Seikin an; Auslieferung der von Ausschuss einstimmig abgelehnt worden ist. Die Feststellung der Schuld am Krieg ist Sache der objektiven Geschichtsschreibung.

Abg. v. Klone (S.): Der Antrag Seikin scheint uns unvereinbar mit dem politischen Auktent. Dagegen werden wir dem Antrag des Ausschusses zustimmen, weil wir das Verlangen nach einer Klärstellung der allgemeinen Kriegsausgaben für gerechtfertigt halten.

Abg. Haselke (S.P.) Deutschland muß eingestehen, daß es die Schuld trägt und Buge für die Fehler, die es gemacht hat. (Wachen.)

Abg. Haselke (S.P.): Das Auktent der Staaten darf nicht angetastet werden. Dem Antrag, daß Deutschland sich unter allen Umständen der Auslieferung widersetzen soll, können wir nicht zustimmen.

Abg. Haufmann (D.P.) weist darauf hin, daß der Verband neuerdings auch die Auslieferung ganzer Staaten verlangt. Der „Tempo“, das offiziöse Blatt der französischen Regierung, habe ausdrücklich die Platz und Württemberg genannt. In der Platz ist der Versuch an der Treue der Pfälzer gescheitert, und d. Schwaben wird man weder durch verächtliche Verleumdungen, noch durch Verprechungen und Veruschungen dazu bringen, ihrer geschäftlichen Sendung unter zu werden. Wir sind jederzeit in einer operativen Unternehmung der Schuldfrage bereit, weil wir das gute Gewissen haben, daß die Schuld der anderen mindestens ebenso groß ist. Der Versuch hat nun jetzt darauf geofft, daß die Pfälzer mit Hilfe derselben den Friedensvertrag durchdrücken können, wenn die Unabhängigkeit mit Aufständen drohen. Für jetzt ist aber das Wichtige, daß dem Gedanken der Treue der Schwaben zum Reich kläglichster Ausdruck gegeben und ihm von keiner Seite widergesprochen wird.

Staatspräsident Bloch: Wenn kein Friede zustande kommt, ist es möglich, daß die Frage auf die lange Bank geschoben wird. In jedem Falle wird die Regierung bemüht sein, die hier ges. in Beschlüsse als Auffassung des württ. Volkes bei der Feilschewalt zu vertreten.

Es tritt hierauf eine Pause von einer Viertelstunde ein. Nach Wiederannahme der Sitzung wird sofort zur Abstimmung geschritten und der Antrag Seikin und Gen. mit allen gegen zwei Stimmen (Hornung und Seikin) abgelehnt.

Der Antrag des Ausschusses unter Abt. 2 lautet: Die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dabin zu wirken, daß Deutschland

1. einem völkerrrechtswidrigen Verlangen des Verbands auf Auslieferung des früheren deutschen Kaisers mit aller Entschiedenheit entgegentritt;
2. bei den Friedensverhandlungen die Einschaltung eines Kriminalgerichts aus parteilichen Richtern zur Aburteilung von Deutschen grundsätzlich ablehnt.

Abg. Haufmann (D.P.) beantragt hierzu, statt der Worte des früheren deutschen Kaisers zu sagen „von Deutschen“.

Abg. Strobel (S.P.) widerspricht dieser Aenderung, da dies eine sachliche Aenderung bedeute. Er beantragt in Ergänzung des früheren deutschen Kaisers den Antrag, daß die Regierung die Stimmen der Sozialdemokraten bei der Aenderung Strobel wird hierauf dem Ausschussantrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Abstimmung zugestimmt.

Ueber den Auswahlantrag erfolgt auf Antrag der Bürger, namentliche Abstimmung. Der Antrag lautet: Die Würt. Regierung wolle bei der Nationalversammlung und beim Staatsauschuss auf eine Klärstellung der Ursachen des Krieges, sowie darauf hinwirken, daß, falls ein strafgerichtliches Verbrechen einzelner Personen nachgewiesen wird, diese, soweit sie verfolgbar sind, zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Bürger stimmte geschlossen gegen diesen Antrag; der Abstimmung enthielten sich die Hg. Lamparter (D.D.P.), Frau o. Soden (Z.) und Bauer (Z.). An der Abstimmung hatten sich nur 8 Mitglieder beteiligt.

Präsident Kretz stellt fest, daß, da Zweidrittel der Mitglieder anwesend sein müssen, der Beschluß ungültig ist. Die Abstimmung muß also später wiederholt werden.

Zeit der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten anheimgegeben.

— Lederverwirtschaftung. Der Zentralausschuss der Lederverwirtschaftung hat sich vor einigen Tagen für sofortige Aufhebung der Zwangsverwaltung und der Beschränkung für Ein- und Ausfuhr ausgesprochen. Die Reichsregierung wird demgegenüber an der Zwangsverwaltung vorläufig festhalten, die dem Zwangssystem anhaftenden Mängel aber nach Möglichkeit beseitigen.

— Lotteriegewinn. Zu der Ziehung der Preuss. Städteauslosungs-Lotterie am 22. Mai fiel der Gewinn von 200.000 Mk. auf die Nummer 151420 (ohne Gewähr).

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Wildbad, 26. Mai. Der hiesige Turnverein beging gestern in herkömmlicher Weise sein Anturnen. Am frühen Morgen schon begegnete man den leichtbeweglichen Gestalten der Turner im schmunzenden Festkostüm, die den Weg nach der Turnhalle nahmen, um dort noch allerlei vorzubereiten. Mittags 2 Uhr bewegte sich ein stattlicher Festzug unter Vorantritt von Tambouren und der Feuerwehrkapelle durch die Straßen der Stadt nach der so schön gelegenen Turnhalle. Auf dem Turnplatz begann alsbald nach flottem Aufmarsch das Schauturnen, das bereites Zeugnis ablegte dafür, daß unter Leitung des Turnwarts Dömer und des Vorstandes Kallisch Ersprießliches geleistet werden kann, wenn jeder Turner in richtiger Erkenntnis der Bedeutung des Turnens für Körper und Geist fleißig übt. Eltern und Vormünder sollten die jungen Leute selbst zum Turnen aufmuntern, damit sie mehr und mehr von der Straße und der Verführung zu dem vererblichen abendlichen Umherstreifen wegkommen und frische, kräftige junge Männer werden, die mit Lust, Freude und Geschick an alle Pflichten des Lebens

erantreten. Bei dem von über 7 Uhr ab stattfindenden Familienabend, zu dem sich die Ehren- und passiven Mitglieder des Vereins mit ihren Familienangehörigen zahlreich eingefunden hatten, wechselten Musikvorträge und gemischte Chöre mit Männerchören ab. Herrn Lehrer Banner gebührt für die vorzügliche Schulung der Sänger und Sängerinnen ungeschränktes Lob. Eindrucksvolle Ansprachen hielten Herr Stadtschultheiß Baegner (Ehrenvorsitz), der ja als eifriger Förderer der edlen Turnfache bekannt ist, und der Vereinsvorsitz Kallisch, der für 25jährige treue Mitgliedschaft und erfolgreiche Tätigkeit als Vorstand ebenfalls zum Ehrenvorsitz ernannt wurde. Bei Arrangierung der Tänze tat sich das verdiente Ehrenmitglied Eugen Hofmann wiederum in altbewährter Tanzmeisterrolle hervor.

Künstlerisch ausgeführte Diplome für 25jährige Mitgliedschaft erhielten: Ehrenvorsitz Karl Kallisch, Vorstand Ernst Krölich, Tagelöhner Karl Treiber, Metzgermeister Chr. Walz, Wagnermeister Fritz Hammer, Tischlermeister Julius Schmid, Metzgermeister Karl Krauß jr., Bankdirektor Fritz Rath, Pensioninhaber Georg Rath, Privatier E. Rath, Jugenmeister Otto Eberle.

Das Diplom für 15-20jährige Mitgliedschaft wurde verliehen: Tagl. Gustav Hammer, Sägewerksarbeiter (Vereinsdiener) Karl Prof., Tagl. Wilhelm Gall, Schreiner Karl Schülbneger, Malermeister Hermann Gutbub, Maler Karl Mündinger, Sattlermeister Hermann Rothfuß, Hausdiener Friedrich Rothader, Maurer Joseph Eitel, Plüsterer Karl Bott, Säger Georg Fischer, Fabrikarb. Wilhelm Hammer, Holzhaner Karl Kappelmann, Sattlermeister Ernst Hagenlocher, Kaufmann Ludwig Kraupp, Wegwart Karl Rothfuß, Glasmeister Hermann Eisele, Gastwirt Wilhelm Burz zur Eintracht, Maler Fritz Vint, früherer Turnwart Wilh. Prof., Hausdiener Robert Gorkheimer, Zrl. Geschnister Gorkheimer, Maurer (früherer Turnwart) Wilhelm Eitel, Fabrikarb. Fritz Volz, Fabrikarb. Fritz Schmid, Sälzler Karl Walz, Fabrikarbeiter Karl Simon, Kaufmann Fritz Hempel, Tagl. Alfred Eberle, Maurermeister (früherer Schriftführer) Wilh. Schill, Fabrikarb. Hermann Hammer, Fabrikarb. Karl Schuhmann.

Der schöne, durchaus gelungene Verlauf des Tages und Abends reißt sich demjenigen früherer Jahre würdig an und wird den Teilnehmern noch lange in angenehmer Erinnerung bleiben.

— Ueber den am Samstag stattgehabten Familienabend des Viedertraues werden wir Raum mangels halber morgen berichten.

— Erhebliche Mengen berufsgehammter Lebensmittel,

worunter 83 Pfund Fleisch für ein hier. Hotel zu einer Veranstaltung bestimmt, konnten in letzter Zeit angehalten werden, was unter der ärmeren Bevölkerung angesichts der sich immer stärker fühlbar machenden Fleischknappheit begreifliche und berechtigte Erregung hervorrief. Namentlich der Mangel an Fleisch in manchen Haushaltungen der Einheimischen chronischer Fleischmangel herrscht, muß endlich beseitigt werden, soll nicht die ohnehin gereizte Stimmung in der ärmeren Einwohnerschaft ernstere Formen annehmen.

Ev. Jünglingsverein. Dienstag abend 8 Uhr Vereinsabend. Zahlreiches Erscheinen notwendig.

Letzte Nachrichten.

Nach dem Pariser „Temps“ hat der Biererrat am Sonnabend morgen den Text der Antwort auf die beiden Noten Brockdorff-Rantzau über das Saarbecken fertiggestellt. Die Note sei gestern überreicht worden.

Der deutsche Völkerbunds-Entwurf wird von dem ehemaligen französischen Deputierten in der „Veritas“ als viel verständiger, kühner und besser bezeichnet, als der Entwurf der Entente.

Die Polen haben in Ostgalizien das Ständrecht verhängt. In den durch die polnischen Truppen besetzten Gebieten wütet eine Schreckensherrschaft ohne Gleichen wegen Ukrainer und Juden.

Von einem Handwerksmeister wird geschrieben: In einer der letzten Nummern der Zeitung „Baugewerbe“ wurde das Verhalten der Architekten gegenüber den Handwerksmeistern bezüglich Preisdrückerei bei Arbeitsvergebungen durch einen Artikel des Zimmermeisters J. Brielmaier in Zettelnung kritisch beleuchtet. Ich nehme an, daß dieser gerechte Artikel seitens der Bauhandwerksmeister die ihm gebührende Beachtung gefunden hat. Einem Seitenstück hierzu bin ich kürzlich auf die Spur gekommen, das auch bei der gegenwärtigen allgemeinen Lebensmittelnappheit keine Entschuldigung finden wird: Ein Architekt benützt Arbeitsvergebungen dazu, um sich Lebensmittel zu beschaffen! Wer eigentlich diese Lebensmittel schließlich zu bezahlen hat, ist leicht zu erraten, drum sei diese Manipulation hiemit feingeklagt zu Ruh und Frommen mancher Leute.

Speisefett.

Auf Lebensmittelmarke 16 wird abgegeben:

50 gr. Speisefett.

Rabhalter sind vom Bezug ausgeschlossen.

Liste-Schluss Dienstag abend 6 Uhr.

Stadt. Lebensmittelamt Wildbad.
Rappellmann, Arbeiterat Schlüter.

Wahl

zur

Landeskirchenversammlung.

Die Namen der Bewerber für die am

Sonntag, den 1. Juni

stattfindenden Wahlen zur Landeskirchenversammlung sind in alphabetischer Ordnung folgende:

a) **Geistliche:**

Gornberger, Nathanael, Pfarrer in Zwergenberg.

Saubberger, Friedrich, Stadtpfarrer in Liebenzell.

b) **Weltliche:**

Bozenhardt, Hugo, Apotheker in Neuenbürg.

Alingenmayer, Josef, Plagmeister in Waldrennack.

Zu wählen ist **Ein Geistlicher** und **Ein Weltlicher** auf **Einem** Stimmzettel.

Für den Wahlausschuss:

Stadtpfarrer Köster.

Alle Flüchtlinge und Ausgewiesenen

aus Elsass-Lothringen, aus dem feindlichen Ausland und den besetzten Gebieten haben sich binnen 3 Tagen auf dem städtischen Lebensmittelamt anzumelden.

Bei Nichtmeldung müßte Einstellung der Lebensmittelzuweisung und Aufenthaltserlaubnis erfolgen.

Wildbad, den 23. Mai 1919.

Stadtschultheißenamt: Däner.

Brennholz-Beifuhrakkord.

Die Gemeinde Großgartach, Oberamt Heilbronn, hat vom Forstamt Enzklösterle 532 Rm. Brennholz zugewiesen erhalten. — Die **Beifuhr** dieses Brennholzes, sowie das **Auf- und Verladen** in den Eisenbahnwagen auf der **Station Wildbad** soll in 2 Losen wie folgt vergeben werden:

Los I: Distr. I Wanne, Abl. 45 Steinriegel 7 Rm., Abl. 51 Eichhalde 67 Rm., Abl. 52 Schwarzbach 83 Rm., Abl. 47 Ochsenwegle 43 Rm., Abl. 50 Bord. Regelwasen 15 Rm., Distr. II Schöngarn, Abl. 11 Schöntann 48 Rm., insgesamt 263 Rm.
Los II: Distr. IV Hirschkopf, Abl. 10 Ebene 17 Rm., Distr. VI Sangehardt, Abl. 21 Barongarten, 97 Rm., Distr. VII Rälberwald, Abl. 10 Grenze, 31 Rm., 10 Grenze, 13 Rm., Abl. 2 Heuweg 7 Rm., Abl. 41 Schötkopfsteige 57 Rm., Abl. 35 Rohlhölz 15 Rm., Distr. V Süßkopf, Abl. 1 Miß 52 Rm., insgesamt 269 Rm.

Gef. Angebote auf Los I und II, sowohl einzeln als es, auch insgesamt wollen bis spätestens Samstag, den 31. Mai 1919 beim Forstamt Enzklösterle eingereicht werden.

Mit der Beifuhr sollte möglichst sofort nach erfolgtem Zuschlag begonnen werden.

Großgartach, den 24. Mai 1919.

Schultheißenamt.

Buchhandlung Trittlter

König-Karlstraße

Soeben erscheint:

Die Friedens-Bedingungen

(in deutscher Sprache — Originaltext)

Ladenpreis Mk. **3.50.**

Deutsche Demokratische Partei



Wildbad.

Ausichuß-Sitzung
heute abend 7/8 Uhr
im Panorama-Hotel.

Schulentlassenes

Mädchen oder Junge

zum Zeitungsverkauf bei sehr gutem Lohn gesucht.

Buchhandlung Trittlter
König-Karlstraße 187.

Ein neues helles

Sommerkleid

für kleinere Figur zu verkaufen,
Geschwister Sauerbrey.

Wildbad, den 26. Mai 1919.



Danklagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgang unseres lieben Vaters, Schwieger-, Groß- und Urgroßvaters und Onkels

Gottlob Volz,

gew. Schlossermeister hier,
sagen wir unsern innigsten Dank.

Familie G. Kieginger,
Buchbinder.

Fräulein

aus guter Familie sucht Stellung in Pension oder kleinerem Hotel zur weiteren Ausbildung in der Küche.

J. Kuh, Bäckerei
Weil der Stadt.

Brosche

wurde gefunden.
Der Eigentümer wolle sich melden, bei
Brgbahnkaffner Kallsch.

Ein ordentliches

Mädchen

für Küche wird für sofort gesucht.
Pension Villa Hauselmann.

REFORMSCHULE
WILDBAD.

Auf vielfachen Wunsch:
Stenographiekurse
für Erwachsene.

Dauer: 4 Monate.
Wöchentlich: 6 Stunden.
Honorar für den ganzen
Kurs: 66 Mark.
Schriftliche Anmeldungen.

„Brasi“ Schnupf-Tabak,

bei
G. Schmid u. Sohn,
König-Karlstr 68 u. 71.

